

Sozialismus mit menschlichem Antlitz

Peter Brandt · Gert Weisskirchen (Hg.)

Sozialismus mit menschlichem Antlitz

Der Aufbruch in der
Tschechoslowakei 1968 in seinem
historischen Umfeld



Gefördert mit Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0598-0

© 2022 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Abdruck und Übersetzung des Beitrags Petr Uhl/Zdenko Pavelka mit
freundlicher Genehmigung des Verlags Torst, Prag [<http://www.torst.cz>].

Umschlaggestaltung: Birgit Sell, Köln
Umschlagbild: © picture alliance / akg-images

Satz:
Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: Bookpress, Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Poland 2022

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Einleitung der Herausgeber	7
Peter Brandt	
Der tschechoslowakische Reformsozialismus und seine Beendigung	19
Michal Reiman · Iris Kempe	
Der Prager Frühling nach 50 Jahren	37
Petr Uhl im Interview mit Zdenko Pavelka	
Emanzipation nach dem August 1968	45
Peter Weiss	
Der Tschechoslowakische Frühling 1968 und die langen Linien der slowakischen Nationalstaatsbildung	65
Libor Rouček	
Der Prager Frühling, die tschechoslowakische Außenpolitik und die »deutsche Frage«	129
Katarzyna Stokłosa	
Die Beziehungen zwischen Warschau und Bonn in den Jahren von 1967 bis 1970	145
Anna Kaminsky	
»Wir protestieren ...« – Reaktionen der Bevölkerung in der DDR auf den »Prager Frühling«	165

Inhaltsverzeichnis

Christoph Jünke

Die Auseinandersetzung in der westdeutschen APO über die
sowjetische Invasion in der ČSSR 179

Peter Brandt

Das politische »1968« global 203

Luciana Castellina

1968: Italien, West und Ost – Erinnerungen und Reflexionen 239

Gert Weisskirchen

1968 – Aufbrüche und Niederlagen 257

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 285

Einleitung der Herausgeber

Für die Altersgruppen der damals dem Kindesalter Entwachsenen, sofern sie ein selbst nur minimales politisches Interesse hatten, war der 21. August 1968 ein einschneidendes Datum. Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei und die folgende, keineswegs reibungslose »Normalisierung«, wie die Abwicklung der Erneuerungsbewegung vom Frühjahr und Sommer 1968 im Ostblock genannt wurde, wurde aber naturgemäß nicht mit gleichen Empfindungen aufgenommen: Konservative und liberale Antikommunisten mussten sich bestätigt fühlen in ihrem tiefen Misstrauen gegenüber »dem Bolschewismus« und insbesondere dessen Zentrum im Kreml. Weniger blutig als die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands 1956, auch der Arbeiterrevolte und der Massenerhebung des 17. Juni 1953 in der DDR, aber die Annahme bestätigend, dass »Freiheit« und »Sozialismus« unvereinbar seien.

Im breiten Spektrum der europäischen Sozialdemokratie war die Empörung über die mit fadenscheinigen Begründungen vollzogene Militärintervention mit Desillusionierung gepaart, denn je weiter der Reformprozess in der Tschechoslowakei vorangeschritten war, desto stärker hatte sich der Eindruck verfestigen können, dass eine qualitative Umgestaltung des Systems im Gange war, die bei Ausstrahlung auf andere Länder des Ostblocks nicht nur eine Überwindung des Ost-West-Konflikts zumindest in der Form des Kalten Krieges, sondern auch eine Annäherung der politischen und ge-

sellschaftlichen Systeme in Europa, möglicherweise eine Art »Aufeinander-zu-Reformieren« eines künftigen demokratischen oder zumindest erheblich liberalisierten »realen Sozialismus« und einer zur sozialen Demokratie erweiterten koordinierten und wohlfahrtsstaatlich abgedeckten kapitalistischen Marktwirtschaft nach sich ziehen könnte. In der bundesdeutschen SPD spielte zusätzlich stets die in der Breite noch lebendige Hoffnung auf die Abmilderung und letztlich Aufhebung der Teilung Deutschlands eine Rolle. Diese weitreichenden Erwartungen wurden von den berufenen Sprechern der Sozialdemokratie eher angedeutet als offen ausgesprochen.

Deutlicher, wenn auch nicht unbedingt vorbehaltlos, war die inhaltliche Identifikation mit der Entwicklung in der Tschechoslowakei bei denjenigen Strömungen der Linken, die zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus beziehungsweise jenseits dieser beiden Hauptrichtungen standen, sich dabei organisatorisch wie ideologisch mit beiden überschritten: also der Neuen Linken, die mit der Revolte der jungen Generation, welche sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre weltweit entfaltete, und 1968, mit dem Ausdruck »Studentenbewegung« unzureichend charakterisiert, einen Höhepunkt erreichte. Es ist unmöglich zu sagen, wie groß der Anteil derjenigen jungen Rebellen östlich wie westlich des Eisernen Vorhangs war, die die Vorgänge radikaler Reform und des Protests in beiden Konfliktsphären bewusst oder zumindest instinktiv als gleichgerichtet empfanden. Dass dieses Gefühl bei vielen der Beteiligten und das Bewusstsein bei nicht wenigen vorhanden war, ist überliefert, nicht nur in Erinnerungen von Zeitzeugen. Allerdings ist ebenso offensichtlich, dass mit dem Abebben und Zurückfluten mehrerer der Bewegungen namentlich im Westen Europas während des späten Frühjahrs und Frühsommers, dann mit der Erstickung des Aufbruchs in der Tschechoslowakei seit August 1968 die fast ausschließliche Fixierung auf die Verhältnisse im jeweils eigenen Land im Zuge einer gewissen Demoralisierung stärker wurde. Und es lässt sich weiterhin nicht übersehen, dass das solidarische Interesse an der Repression in der Tschechoslowakei (wie in Polen und Jugoslawien nach der Unter-

drückung beziehungsweise Einhegung der dortigen zeitgleichen Protestbewegungen) schnell nachließ.

Auch solche kommunistischen Parteien, die die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten uneingeschränkt unterstützten, so die als Ersatz für die 1956 verbotene KPD, im Vorfeld der Neuen Ostpolitik ausgehandelt, legal neugegründete DKP, profitierten erheblich von der Jugendradikalisierung, allerdings weniger personell und stimmungsmäßig von den eigentlichen »Achtundsechzigern« als von in deren Gefolge neu politisierten Segmenten. Vor allem die beiden größten und bedeutendsten kommunistischen Parteien, die seit Längerem eigene Wege gehende italienische und, weniger entschieden, die französische, positionierten sich klar in Ablehnung der ČSSR-Invasion, auch wenn sie einen Bruch mit Moskau vermieden und sich im französischen Fall der KPdSU später wieder unterordneten. Jedenfalls, auch das eine der wichtigen Folgen der Invasion, war die bedingungslose Gefolgschaft der kommunistischen Parteien und damit die Einheit der kommunistischen »Weltbewegung« seit dem August 1968 endgültig dahin. (Der sowjetisch-chinesische Dissens, der zunächst als öffentliche Polemik der beiden Staatsparteien ausgetragen wurde, war schon seit den frühen 1960er-Jahren irreparabel, hatte aber bis Ende des Jahrzehnts nur geringen Einfluss auf den organisierten Kommunismus in Westeuropa.)

Der »real existierende Sozialismus« in der systemischen Form der Diktatur des obersten Zirkels der führenden Partei und auf Staatseigentum beruhender Kommandowirtschaft bei unterschiedlich stark ausgeprägter Privilegierung der Partei-, Staats- und Wirtschaftsbürokratie und bestimmter Bevölkerungsgruppen in einer ansonsten relativ egalitären Gesellschaft existiert in Europa seit gut drei Jahrzehnten nicht mehr, und sein Wiederaufkommen ist extrem unwahrscheinlich. (Die spezifisch repressiven, korrupten und oligarchischen Zustände in früheren Sowjetrepubliken haben mit »Kommunismus« oder »Sozialismus« nur insofern zu tun als die Art der Ablösung des bürokratisch-diktatorischen Regimes und das weitgehende Fehlen einer freiheitlichen Tradition, an die hätte angeknüpft werden können, die dann stattgefundene Entwicklung begünstigte.)

Über die sich 1989/90 befreienden, einst mit der Sowjetunion verbündeten oder ihr einverleibten Staaten wird im Folgeband zu handeln sein. Dass der »Geschichtsbruch« (Peter Glotz) von 1989/91 die Probleme der Welt nicht gelöst hat, wird jedenfalls kaum bestritten. Wenn die Forschergruppe um den tschechischen Soziologen Radovan Richta, hier in mehreren der Beiträge angesprochen und damals international beachtet, 1966 ihre Analysen unter dem Titel »Zivilisation am Scheideweg« veröffentlichte, dann lässt sich mehr als ein halbes Jahrhundert später mit noch größerer Berechtigung von einem Scheideweg sprechen. Es ist nicht übertrieben, aktuell eine Überlebenskrise der Menschheit schlechthin zu diagnostizieren: Der große, alles vernichtende Atomkrieg rückt wieder in den Bereich des Möglichen, weil die großen Mächte nicht willens oder instande sind, den nun wieder multipolaren Globus im Sinne gemeinsamer Sicherheit und Kooperation zu organisieren. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist auch als Folge dessen zu analysieren.

Das Ende des menschlichen Lebens wird aber auch durch die Überlastung und Zerstörung der Natur denkbar, die in den letzten Jahrzehnten eine globale Dimension angenommen hat. In mehrerlei Hinsicht, nicht allein beim Klima, wurden bereits planetarische Grenzen überschritten, ohne dass auch nur annähernd gegengesteuert würde. Gleichzeitig hat die soziale Polarisierung, trotz zwischenzeitlicher Erfolge bei der Bekämpfung des Hungers und der absoluten Armut, mit der Entfesselung der Märkte, insbesondere im Finanzsektor, seit den späten 1970er-Jahren weltweit wie innerhalb der einzelnen Staaten wieder zugenommen. Die Konzentration von Vermögen und Einkommen in den Händen der superreichen globalisierten Geldelite hat obszöne und demokratiegefährdende Züge angenommen. Ohne grundlegende Umsteuerungen drohen innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Verteilungskämpfe um Wasser, Land und Flüchtlinge – Migration wird neue Dimensionen annehmen, denn die ökologische Katastrophe wird nicht alle Erdgehenden gleichermaßen gleichzeitig erfassen.

Das alles bedeutet: Die Krise der Menschheit kann nur global gelöst werden – unter Berücksichtigung der sicherheitspolitischen,

ökologischen und sozialen Dimensionen. Vielleicht können uns sowohl der Inhalt des Programms der tschechischen und slowakischen Reformer von 1968 für einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, der lebensfähig und befreiend sein sollte, als auch die Formen der Umgestaltung als Zusammenwirken einer kühlen und klugen Führung mit einer aufgeweckten, drängenden, demokratischen Massenbewegung Botschaften dafür vermitteln, wie wir die heutigen Aufgaben angehen können.

Dieses Buch dient unmittelbar dem Ziel, die im Hinblick auf das globale 1968 üblicherweise unterschätzte historische Bedeutung der Ereignisse in der ČSSR 1968 sichtbar zu machen. Die beiden Herausgeber – und das gilt auch für die meisten Autorinnen und Autoren – sind keine neutralen Beobachter, sondern waren seinerzeit sowohl Beteiligte der »Achtundsechziger«-Bewegung in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins als auch in der Folge Verfechter entschiedener Solidarität der westlichen Linken mit den mittel- und osteuropäischen Emanzipationsbewegungen gewesen: von der Charta 77 über Solidarność bis zu den ostdeutschen Dissidenten der revolutionär-demokratischen Volksbewegung in der DDR 1989/90. Ein 2023 erscheinender weiterer Band wird die Entwicklung des östlichen Europas seit dem Helsinki-Prozess der 1970er- und 1980er-Jahre, möglich geworden durch die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland, über den Umbruch von 1989–91 bis hin zu den daraus resultierenden Transformationen behandeln, auch das engagiert, aber nicht unkritisch.

Der vorliegende Band startet mit einem als akzentuierender Überblick gedachten Beitrag von **Peter Brandt**, in dem, ergänzt um einen Exkurs über die polnischen Ereignisse vom Februar/März 1968 und mit Rückgriff auf die mehrjährige Vorgeschichte des »Prager Frühlings«, auf der Grundlage der dem Autor zugänglichen Quellen und Literatur die als wesentlich erachteten Konstellationen und Abläufe skizziert werden. Der Artikel weist auch auf das innere Spannungsverhältnis des Reformensembles hin, so zwischen der stärkeren Berücksichtigung von Marktmechanismen und einer Ausweitung von Partizipation im Produktionssektor. Fazit: Die Erneuerungsbe-

wegung in der Tschechoslowakei ist nicht »gescheitert«, wie oft zu lesen ist, sondern militärisch von außen beendet worden, bevor sie ihre Funktionsfähigkeit und Innovationskraft hätte beweisen können.

Zu denjenigen Intellektuellen in den Partei- und Staatsapparaten, die die Reformen konzeptionell und praktisch-politisch vorantrieben, gehört **Michal Reiman**, der in Zusammenarbeit mit **Iris Kempe** seine Erinnerung an den Reformprozess und namentlich an Alexander Dubček mitteilt. Eine andere Perspektive unmittelbar Beteiligter eröffnet das Interview mit dem kürzlich verstorbenen **Petr Uhl**. Darin kommt, im Unterschied zu den Reformern von oben, die radikalere damalige Haltung einer Gruppierung »revolutionärer Jugend«, so der Name einer von Uhl gegründeten Organisation, ebenso zum Ausdruck wie die Verbindung des Autors mit der westlichen radikalen, hier trotzkistischen Linken.

Die slowakische Frage, also das nationale Eigenbewusstsein der Slowakei im tschechoslowakischen Staat und die Bedeutung dieser Problematik für den eben nicht nur Prager, sondern auch Bratislaver Frühling 1968 untersucht **Peter Weiss** in einer ausführlichen, bis in die Zeit der ersten Tschechoslowakischen Republik nach 1918 zurückgehenden Abhandlung. Die damalige ČSR war faktisch ein Nationalitätenstaat (zu dem nicht zuletzt über drei Millionen, dann 1945 vertriebene Sudetendeutsche gehörten), der sich aber als »tschechoslowakischer« Nationalstaat verstand. Dass eine föderative Lösung auch nach der Befreiung von der deutschen Besatzung 1945 nicht zustande kam und nach ihrer Installation am 28. Oktober 1968, gewissermaßen als eine verspätete Frucht der ersten Jahreshälfte, nur eingeschränkt praktiziert werden konnte, lag letztlich an dem monolithisch-zentralistischen Leitungsverständnis der Kommunistischen Partei, namentlich ihrer tschechischen Mehrheit.

Zwei Beiträge zur Geschichte der Außenpolitik widmen sich einer anderen Ebene des themenbezogenen Gesamtgeschehens: **Libor Rouček** nimmt die Außenpolitik der ČSSR 1968 im Hinblick auf die verschiedenen Aspekte der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland in den Blick. Deutlich wird einerseits das Festhalten am östlichen Bündnis unter Führung der Sowjetunion, andererseits das Bemühen,

in diesem Rahmen zu einem konstruktiveren tschechoslowakisch-bundesdeutschen Verhältnis als Beitrag zur Entspannung in Europa zu kommen. Keine drei Wochen vor der sowjetisch dirigierte Invasion, am 3. August 1968, konnte ein Abkommen über den Austausch von semidiplomatischen Handelsmissionen, wie mit anderen Ostblockstaaten schon 1963/64 geschehen, unterzeichnet werden; die mittelfristig angezielten diplomatischen Beziehungen kamen erst 1973 zustande.

Katarzyna Stokłosas hauptsächlich die polnische Perspektive beleuchtender Beitrag über die weitaus komplizierteren, weil durch die besonders brutale, genozidale deutsche Unterwerfung Polens 1939–45, die folgende leidvolle und verlustreiche Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Görlitzer Neiße sowie die rechtlich wie politisch offene Grenzfrage belasteten deutsch-polnischen Beziehungen führt in einem Kernbereich der während der Bonner Regierungszeit der Großen Koalition (Dezember 1966 bis Oktober 1969) mit Außenminister Willy Brandt bereits in der Umorientierung befindlichen Ostpolitik der Bundesrepublik. In Westdeutschland wurde im Verlauf der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre immer klarer, auch in der öffentlichen Diskussion, dass ohne eine zumindest faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze keine substanziellen Fortschritte in den Beziehungen zum östlichen Europa einschließlich der Sowjetunion zu erzielen sein würden. Während Moskau (wie auch Ost-Berlin) jeder separaten Abmachung Polens und Bundesdeutschlands skeptisch gegenüberstand und diesbezügliche Ambitionen des polnischen Bündnispartners bremste, war für Warschau klar, dass die westdeutsche Grenzankennung den Spielraum für Polens Außenpolitik erheblich vergrößern würde. Ähnlich deutlich wie im anders gelagerten tschechoslowakischen Fall mussten alle Beteiligten, namentlich die Bonner Regierung, erkennen, dass beim Versuch, den Status quo in Europa in Bewegung zu bringen, an der UdSSR nicht vorbeizukommen war. Aber erst die sozial-liberale Regierung Brandt/Scheel zog daraus die Konsequenz.

Anna Kaminsky schildert auf der Basis offizieller Verlautbarungen der SED beziehungsweise von Stellen der DDR sowie geheim-

dienstlicher Berichte Einstellungen und Haltungen in der DDR-Bevölkerung zur politischen Ordnung, zu den Reformen und ihrer Resonanz bei den Tschechen und Slowaken, mündend in die Sicht auf die Beendigung des Prager Frühlings von außen. Während die Ostdeutschen schon deutlich davor Warnungen vor dem »revisio-nistischen« Virus in der Tschechoslowakei zu lesen bekamen, waren positives Interesse und dann auch – überwiegend heimliche – Pro- teste gegen die Militäraktion vom 21. August (an der die Nationale Volksarmee nicht direkt teilnehmen durfte) weiter verbreitet als im Westen damals bekannt wurde.

Christoph Jünke fasst den westdeutschen Staat ins Auge, aber nicht die Gesellschaft oder das politische Spektrum im Ganzen, son- dern dasjenige Segment, das ideologisch am stärksten von den Er- eignissen in der ČSSR tangiert war: die seit den mittleren 1960er- Jahren entstandene Außerparlamentarische Opposition (APO), wo er der Kontroverse über die ČSSR-Invasion eine wichtige Klärungs- funktion zuschreibt und mit seiner Diagnose einer fehlenden theo- retisch-analytischen Durchdringung des Stalinismus und Poststalinis- mus als System (wofür es profunde Ansätze gerade aus der Feder kritischer Marxisten gegeben hätte) zugleich eine Erklärung für die zeitlich wie inhaltlich meist flüchtige Art des Protests gegen Invasion und »Normalisierung« anbietet.

Den letzten Teil des Bandes bilden drei Beiträge, die den inter- nationalen Charakter der »Achtundsechziger«-Bewegung heraus- arbeiten. **Peter Brandts** Aufsatz entfaltet mit dem Anspruch auf empirische Stimmigkeit und Plausibilität der Einordnung ein globa- les Panorama der Vorgänge in der südlichen wie in der nördlichen Hemisphäre, wobei der allgemeine soziokulturelle Wandel in den 1960er-Jahren, ausgehend von den am weitesten entwickelten kapi- talistischen Metropolen, angesprochen und in Rechnung gestellt, aber nicht eigens untersucht wird.

Es geht Brandt um das politische 1968 und dessen frappierende Gleichzeitigkeit, die mit der konkreten historischen Konstellation in Verbindung gebracht wird: Die nach der extrem gefährlichen Kuba- Krise vom Oktober 1962 tastend und widersprüchlich einsetzende,

seit Mitte des Jahrzehnts auch in Europa stärker spürbare Entspannung zwischen den Supermächten, mit der Folge einer Auflockerung der politisch-militärischen Blöcke (Alleingänge Frankreichs und Rumäniens), schuf mental einen größeren Raum für die freiere Artikulation politischer Neuansätze im Innern der jeweiligen Gesellschaften, und das beinhaltete die Wahrnehmung des globalen Nord-Süd-Gegensatzes und der, teilweise bewaffneten, antiimperialistischen, sprich: antiwestlichen Kämpfe, jenseits des reflexhaften Blockdenkens, namentlich in dem exemplarischen Krieg Nordvietnams und der süd-vietnamesischen Befreiungsfront gegen die USA, die ihre Militärmaschine rücksichtslos einsetzten, und ihre einheimischen Verbündeten.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist die permanent gewordene »wissenschaftlich-technische Revolution« sowie die Expansion staatlicher Tätigkeit, die überall – mehr oder weniger – eine Anpassung des höheren Bildungswesens erforderte. Es ging darum, in welcher Weise unvermeidliche Änderungen und Ausweitungen durchgeführt werden würden. Nicht zuletzt deutete sich in einer Reihe von Ländern die Wiederbelebung eines jetzt auch verstärkt gegen innerbetriebliche Autoritätsstrukturen gerichteten Arbeiter- beziehungsweise Beschäftigtenradikalismus an. Die großen materiellen Verbesserungen in der Rekonstruktions- und Boomphase der 1950er- und 1960er-Jahre schufen bei den Jüngeren auch ein höheres Anspruchsniveau, während die demoralisierenden Erfahrungen der ersten Jahrhunderthälfte (Weltkriege, Weltwirtschaftskrise, Faschismus, Stalinismus) nicht mehr prägend waren. Während sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern das Ende des »Wirtschaftswunders« abzuzeichnen begann, standen die Ostblock-Länder vor der Herausforderung des Übergangs vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum.

Luciana Castellina, *Grande Dame* der italienischen Linken, berichtet in ihrem Versuch, den authentischen Geist von »Achtundsechzig« einzufangen, von eigenen Erfahrungen im und um das Jahr 1968 in Italien, wo die Protestbewegung quantitativ und sozial viel breiter war als etwa in Westdeutschland, ebenso vom zeitgleichen Aufbegehren an anderen Orten sowie von Kontakten mit radikal-

linken Gruppen im Ausland, so in Japan. Beim Verselbstständigungs- und inneren Differenzierungsprozess der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) waren neben den inländischen Basisbewegungen auch die Reformpolitik der KPČ und die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei ein Gegenstand der Auseinandersetzung. Dabei kritisiert die Autorin die damals von ihr wahrgenommene Distanz der eigenständigen radikal-linken Gruppen gegenüber dem Geschehen in der ČSSR: Nicht aus Sympathie für die UdSSR, sondern aus einem sozialistischen Purismus heraus wurde Zurückhaltung geübt. Gewissermaßen als ein Produkt der »Achtundsechziger«-Bewegung in Italien entstand um die Zeitung *il manifesto* eine von der KPI unabhängige, dann auch als kleine eigenständige Partei konstituierte Organisation mit starker Betonung der Demokratiefrage in einem fundamentalen Sinn.

Gert Weisskirchens weit gespannter Essay beschließt den Band. Auf verschiedenen Ebenen und länderübergreifend, eigene Erinnerungen und Erfahrungen ebenso einbeziehend wie Studien und Reflexionen. Er unterstreicht den spezifisch deutschen Aspekt: die nachholende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, die Beendigung des »kommunikativen Beschweigens« (Hermann Lübbe) und damit der politische Bruch mit der bürgerlichen Elterngeneration. Ein zentrales Anliegen des Autors besteht darin, in der betreffenden Zeit getrennte und teilweise konträre Ansätze emanzipatorischer Politik – aus den Institutionen kommend versus von unten gegen Institutionalisierung gerichtet – gewissermaßen aus der Vogelschau als Teile einer umfassenderen, auf persönliche, kulturelle, politische und soziale Befreiung gerichteten Wende zu begreifen. Deshalb gehören neben Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit nicht nur Alexander Dubček und Willy Brandt, sondern auch Martin Luther King und Robert Kennedy (beide 1968 ermordet) für Weisskirchen als Protagonisten in den Zusammenhang des Themas.

Die Herausgeber sind dafür verantwortlich, das vorliegende Ensemble von Texten dem Lesepublikum anzubieten. Im engeren Sinn ist jede Autorin, jeder Autor allein für den von ihr/ von ihm verfass-

ten Aufsatz verantwortlich; das gilt auch für die Herausgeber selbst in ihrer Eigenschaft als Autoren. Nicht nur der Charakter, der Blickwinkel und die Tonart der jeweiligen Beiträge unterscheiden sich, auch Wahrnehmungen, die auf Erinnerungen beruhen, und Urteile im Einzelnen. Da gab es nichts zu »vereinheitlichen«. Allerdings hoffen wir, den Lesern gerade im Zusammenwirken der verschiedenen und verschiedenartigen Beiträge die Bedeutung des Aufbruchs in der Tschechoslowakei im *annus mirabilis* 1968 auch für das 21. Jahrhundert verständlich machen zu können.